

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Finanzen	Datum 24.04.2008
	Schriftführung Andrea Pees
	Telefon-Nr. 02202/142609
Niederschrift	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	Sitzung am Donnerstag, dem 17. April 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:30 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 21.02.2008 gefassten Beschlüsse
223/2008**
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilung des Bürgermeisters**
- 6. Neufassung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten
170/2008**
- 7. Gründung einer Kommunalen Infrastrukturgesellschaft**

229/2008

8. **Gestattungsvertrag der Städte Köln und Bergisch Gladbach über die Vollstreckung auf dem Gebiet der Nachbarstadt**
225/2008
9. **Benutzungsentgelte für Sportanlagen**
151/2008
- 9.1 **Kostenvergleich Sanierung des Hallenbades Stadtmitte/Schulschwimmbad Mohnweg/Neubau eines Schul- und Vereinsschwimmbades**
161/2008
10. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2007**
172/2008
11. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2008**
227/2008
12. **Antrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2008 betr. die Analyse der Sportstätten-Betriebskosten**
240/2008
13. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

- 1. Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil**

- 2. Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 3. Mitteilung des Bürgermeisters**

- 4. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und
Liegenschaftsausschusses am 21.02.2008 gefassten Beschlüsse
224/2008**

- 5. Ankauf des Hausgrundstücks "Overather Straße 4" in Bergisch Gladbach-
Bensberg
214/2008**

- 6. Verkauf zweier Baugrundstücke in Bergisch Gladbach; Paffrath
"Lothar-Kreyssig-Straße"
hier: Ergebnis der Ausschreibung
213/2008**

- 7. Anträge der Fraktionen**

- 8. Anfragen der Ausschussmitglieder**

- 8.1 Anfrage von Herrn Ratsmitglied Nagelschmidt (CDU)
231/2008**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Haasbach, eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest.

2 <-@ Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

@-> Die Niederschrift vom 21.02.2008 wird genehmigt.

3 <-@ Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 21.02.2008 gefassten Beschlüsse

@-> Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4 <-@ Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Herr Haasbach teilt mit, dass er stellvertretend für den erkrankten Herrn Waldschmidt den Vorsitz übernommen habe.

5 <-@ Mitteilung des Bürgermeisters

@-> Herr Muth erklärt, dass die Vorlage zu der Derivaterichtlinie erstellt werde, sobald das noch ausstehende Angebot einer weiteren Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vorliege.

6 <-@ Neufassung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten

@-> Herr Ziffus berichtet, dass in der Landtagssitzung über das Kibitz und die deutlich steigenden Zahlen von Anmeldungen in den Kindergärten diskutiert wurde. Herr Ziffus möchte wissen, ob es stimme, dass auf die Kommunen hierdurch erheblich höhere Kosten zukämen.

Herr Hastrich erläutert, dass die Stadt zwar einen Mehrbedarf an Landesmitteln habe, dieser sich aber aus dem Unterschied zwischen den bei der Förderung zugrunde gelegten und den tatsächlichen Betreuungszeiten ergebe. Aufgrund der Umstellung

auf Kibitz werden Landesweit ca. 20.0000 Betreuungsplätze U3 eingerichtet, so dass auch hier ein erhöhter Mittelbedarf sei, von dem die Stadt Bergisch Gladbach allerdings nicht betroffen sei.

Für die Stadt Bergisch Gladbach sei die aufgelegte Planung haushaltsneutral.

Herr Dr. Fischer erklärt, dass die FDP sich bei der Abstimmung enthalten werde, da man der Meinung sei, dass die Vorlage zunächst im Jugendhilfeausschuss hätte beraten werden müssen und dann im Finanz- und Liegenschaftsausschuss. Man werde das Ergebnis des Jugendhilfeausschusses abwarten um endgültig hierzu Stellung zu nehmen. Grundsätzlich sei man mit der Zielrichtung jedoch einverstanden.

Frau Schöttler-Fuchs spricht sich für ihre Fraktion für die Beschlussfassung aus.

Herr Sonnenberg möchte wissen, ob die Aussage in der Presse auch für Bergisch Gladbach gelte, dass Eltern dazu gedrängt werden, ihre Kinder 45 Stunden betreuen zu lassen, um eine bessere Auslastung der Einrichtungen zu erreichen.

Dies wird von Herrn Hastrich verneint.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei Enthaltung der FDP

Beschlussvorschlag:

<-@

@-> Der Neufassung der städtischen „Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten“ wird zugestimmt.

<-@

7 **Gründung einer Kommunalen Infrastrukturgesellschaft**

@-> Herr Mumdey erläutert, dass diese Vorlage bereits im Dezember 2007 im Finanz- und Liegenschaftsausschuss mit dem Tenor beraten wurde, sich auf das Bodenmanagement als Gegenstand der Untersuchungen zu beschränken. Im Einvernehmen mit der Bauverwaltung wurde dann diese neue Vorlage erstellt. Aus fachlichen Gründen sei es jetzt angezeigt, mit dem im letzten Absatz dargestellten Ergebnis, die federführende Bearbeitung in die Bauverwaltung zu geben.

Herr Schmickler hält diese Vorgehensweise für vernünftig.

Herr Ziffus ist der Meinung, dass diese Gesellschaft zügig gegründet werden müsse, damit wichtige anstehende Entscheidungen mit beeinflusst werden können.

Herr Dr. Fischer vermisst in der zu gründenden Infrastrukturgesellschaft einen Ansatz in Richtung Wirtschaftsförderung. Die FDP sei der Meinung, dass die Wirtschaftsförderung in Bergisch Gladbach mehr Unterstützung brauche, um Gewerbe heranzuziehen auch im Sinne einer weiteren Entwicklung von Gewerbeflächen.

Herr Nagelschmidt lobt die Verwaltung für diese sehr umfängliche Vorlage. Er beantragt, den letzten Absatz der Vorlage zum Antrag zu erheben. Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss solle die Verwaltung beauftragen, die Infrastrukturgesellschaft zu gründen.

Herr Mumdey erläutert zu dem Einwand von Herrn Dr. Fischer, dass die Stadt gemeinsam mit dem Kreis an einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft beteiligt sei. Hierneben eine weitere Gesellschaft zu Gründen, lohne sich nur dann, wenn sie sich mit einem veränderten Geschäftsgegenstand befasse.
Zum Thema des Zeitpunktes der Gründung der Gesellschaft erklärt Herr Mumdey, dass hier noch im Vorfeld Entscheidungen zu treffen sind, wie z.B. die Ausgestaltung der Gremien und die steuerlichen Fragen.

Herr Schneeloch hält es für unangebracht aufgrund dieser Mitteilungsvorlage einen Beschluss zur Gründung der Gesellschaft zu fassen.

Herr Nagelschmidt erläutert seine Intention, die Gründung der Infrastrukturgesellschaft voranzutreiben.

Herr Rickes bekräftigt, dass die Gewerbegebiete in Zukunft in eine strategische Richtung entwickelt werden müssen, was bisher nicht der Fall sei.

Herr Ziffus stimmt dem Vorschlag von Herrn Nagelschmidt zu, zu diesem Punkt einen Beschluss zu fassen.

Herr Haasbach beendet die Diskussion mit dem Vorschlag, die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen und in der ersten Sitzung nach der Sommerpause sich erneut mit der Angelegenheit zu befassen.

8 <-@
Gestattungsvertrag der Städte Köln und Bergisch Gladbach über die Vollstreckung auf dem Gebiet der Nachbarstadt

@-> **Abstimmungsergebnis:** **einstimmig bei Enthaltung der BfBB und der KIDinitiative**

Beschlussvorschlag:

@-> <-@
Die Verwaltung wird ermächtigt, den beigefügten Gestattungsvertrag zwischen den Städten Köln und Bergisch Gladbach über die Vollstreckung auf dem Gebiet der Nachbarstadt abzuschließen und die dafür notwendigen Schritte nach dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit durchzuführen.

9 <-@
Benutzungsentgelte für Sportanlagen

@-> **Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bei Gegenstimmen der KIDinitiative**

Beschlussvorschlag:

@-> <-@
1. Im Interesse der Förderung und der weiteren Mobilisierung des ehrenamtlichen Engagements in den Sportvereinen werden die Entgelte für die

Nutzung städtischer Sportstätten durch die Sportvereine (Voraussetzung: Mitgliedschaft im Stadtsportverband Bergisch Gladbach e.V.) für 2008 ausgesetzt.

2. Dies betrifft auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften. Die Vertreterinnen und Vertreter in den städtischen Beteiligungsgesellschaften werden angewiesen entsprechend zu handeln.
3. Entgelte für die kommerzielle Nutzung, Kurssysteme und besondere Veranstaltungen im Erwachsenensport werden weiterhin nach den bisher geltenden Regeln erhoben.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2008 mit den Vereinen Vereinbarungen über die Betreuung, Pflege und Instandhaltung der von ihnen genutzten Sportstätten abzuschließen. Ziel dieser Vereinbarung ist es, den Vereinen je nach ihrer Leistungsfähigkeit und je nach den besonderen Voraussetzungen der einzelnen Sportstätten mehr Verantwortung für den Betrieb, aber auch mehr Freiräume für die Vereinsnutzung anzubieten. Für die Stadt soll auf diesem Wege eine Kostenminderung mindestens in Höhe der für 2008 geplanten Nutzungsentgelte als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden.
5. Die seit 2007 geltende erhöhte Jugendförderung, die seiner Zeit im Zusammenhang mit der Erhebung von Nutzungsentgelten beschlossen wurde, bleibt unangetastet.

<-@

9 Kostenvergleich Sanierung des Hallenbades Stadtmitte/Schulschwimmbad Mohnweg/Neubau eines Schul- und Vereinsschwimmbades

@-> Herr Mumdey erläutert, dass für den ABKSS eine Mitteilungsvorlage gefertigt wurde, hieraus formulierte der ABKSS einen Beschluss, so dass die Vorlage nunmehr auf der Tagesordnung des FLA stehe.

Herr Nagelschmidt möchte wissen, ob es denkbar wäre, vor der Sanierung des Hallenbades Mohnweg dieses in die Bäder GmbH, bei gleichzeitiger Rückanmietung, zu verschieben, um einen Vorsteuerabzug möglich zu machen.

Herr Muth bestätigt diese Möglichkeit unter der Voraussetzung, dass die Bäder GmbH auch umsatzsteuerpflichtige Erlöse und ein wirtschaftliches Interesse hieran hat.

Herr Nagelschmidt fragt nach, ob eine Konstruktion möglich sei, dass die Stadt, umsatzsteuerpflichtig, das Bad anmiete, um dann den Vorsteuerabzug geltend zu machen.

Herr Muth möchte zu dieser Frage eine verbindliche Antwort des Finanzamtes.

Herr Mumdey schlägt dem Ausschuss vor, dass Herr Muth den Sachverhalt zusammenfasst und entsprechend der Vorgehensweise bei GL-Service, einen Termin beim Finanzamt vereinbart um dort die steuerlichen Fragen zu klären.

Herr Muth macht darauf aufmerksam, dass eine solche Anfrage nicht kostenfrei sei. Des Weiteren sollte auch die Grunderwerbsteuerpflicht bei einer solchen Transaktion berücksichtigt werden.

Herr Rickes erläutert, dass ihm die wirtschaftliche Bewertung der Positionen unter 3. Kostenschätzung Neubau fehle. Insbesondere die Entscheidung, ob ein oder zwei Standorte, müsste bei den Betriebskosten dramatische Konsequenzen haben. Er hätte gerne vor der Beschlussfassung Informationen, mit welchen Kosten hier zu rechnen sei.

Herr Dr. Miede stellt klar, dass das Schwimmbad Mohnweg viel kleiner und nicht so komfortabel sei, wie die anderen Bäder. Er weist darauf hin, dass immer in Vergessenheit gerate, dass zu dem Schwimmbad eine Turnhalle gehöre, die in den Bau integriert sei, so dass bei einer Beseitigung des Schwimmbades eine neue Halle gebaut werden müsse. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass auch die geringeren Fahrtkosten bei zwei Standorten zu berücksichtigen seien.

Herr Mumdey macht darauf aufmerksam, dass bei einem Schwimmbadneubau die Schulen nicht damit einverstanden sein könnten, statt wie bisher zeitgleich 2 Klassen, dann 3 Klassen in ein Schwimmbad zu schicken. Weiterhin erklärt er, dass die Wilhelm-Wagener Schule mit dem Schwimmbad Mohnweg verbunden sei und bei einem Abriss, diese Verbindung gekappt würde.

Herr Rickes ergänzt, dass er nicht die politische Entscheidung durch eine wirtschaftliche Entscheidung ersetzen möchte, sondern dass ihm für eine Entscheidungsvorlage die wirtschaftlichen Informationen fehlen.

Herr Haasbach bittet die Verwaltung darum, bis zur Ratssitzung die entsprechenden Informationen nachzuliefern.

Abstimmungsergebnis:

**einstimmig bei Enthaltung von
Herrn Rickes (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)**

Beschlussvorschlag:

10 **<-@**
Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2007

@-> Herr Mumdey erläutert zu dieser Vorlage, dass in der Vergangenheit durch das Verlagern von Buchungen ins nächste Jahr zweimal der Nothaushalt vermieden wurde. Durch die Einführung von NKF ist allerdings eine periodengerechte Abgrenzung notwendig, so dass die Buchungen der Vergangenheit wieder auf den Stichtag zurückgeführt wurden.

Herr Dr. Fischer möchte zur Krankenhausumlage wissen, ob auch der Kreis eine solche Umlage zahlt.

Herr Muth sagt eine Beantwortung zur Niederschrift zu.

[Anmerkung der Verwaltung: Der Kreis zahlt keine Krankenhausumlage.]

11 **<-@**
Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2008

@-> Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

Beschlussvorschlag:

<-@
@-> Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der außerplanmäßigen Aufwendung bzw. Auszahlung des Haushaltsjahres 2008 in Höhe von 15.000,00 € wird gemäß § 82 Abs. 2 GO NW erteilt.

<-@
12 **Antrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2008 betr. die Analyse der Sportstätten-Betriebskosten**

@-> Herr Dr. Fischer erklärt, dass er mit dem zweiten Teil der Beantwortung des Antrages zufrieden sei. Mit dem ersten Teil erklärt er sich jedoch nicht einverstanden, da die Antwort seiner Meinung nach falsch sei.

Herr Muth fühlt sich mit der Beantwortung der Frage auf der richtigen Seite, da diese Antwort aus betriebswirtschaftlicher Sicht richtig sei.

Herr Mumdey berichtet, dass er den Auftrag an einen Mitarbeiter erteilt habe, ein Konzept für eine flächendeckende Kostenrechnung für die Gesamtverwaltung zu entwickeln. Er gehe davon aus, dass ihm dieses bis zur Jahresmitte vorliege.

<-@
13 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@-> Herr Ziffus möchte wissen, ob die Aussage von Herrn Hillebrand stimme, dass es bei gravierenden Sanierungen Pflicht sei, die Schulen behindertengerecht zu gestalten.

<-@

Herr Haasbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.